

**Diese Resolution wurde vom Schützenbezirk
Süd-Tiroler Unterland im Rahmen des
Euregio-Treffens in Neumarkt den drei
Landeshauptleuten übergeben**

Die Europaregion weiterentwickeln

Resolution an die Landeshauptmänner der Europaregion Tirol

Wir Schützen vom Bezirk Süd-Tiroler Unterland sind Befürworter der Europaregion Tirol! Das zukunftsweisende und hoffnungsvolle Modell schafft es aber nicht, geeignet auf die Besonderheiten und Anforderungen unserer drei Landesteile einzugehen. Warum?

In vielen Bereichen, obgleich Autonomie, primäre Gesetzgebungskompetenz und ferner Europaregion Tirol, bilden staatliche Gesetze die Grundlage anhand derer gearbeitet werden muss. Diese sind nicht kompatibel mit den Bedürfnissen der Menschen in unserer Region.

Wann wird das Zukunftsprojekt Euregio endlich gesetzliche Grundlagen schaffen können, um die Hindernisse der Nationalstaaten zu überwinden? Das wäre der Grundgedanke hinter der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino und das Ziel eines Europa der Regionen.

Die Europaregion muss in vielen Bereichen aktiver werden – wir Schützen des Süd-Tiroler Unterlandes haben konkrete Vorstellungen.

Besorgniserregende Entwicklungen im Gesundheitswesen

Sanität geht uns alle etwas an!

„Wir leben in der Europaregion Tirol“ – was bedeutet das in der Praxis?

Wird ein Arzt nördlich des Brenners ausgebildet, so darf er im südlichen Teil Tirols nicht arbeiten, sofern er nicht über genügend Italienischkenntnisse verfügt.

Im konkreten Fall des Dr. Müller ermittelte gar die Sondereinheit NAS der Carabinieri auf Anordnung der italienischen Gesundheitsministerin höchstpersönlich. Dr. Müller, Direktor des Zentrallabors in Bozen, wurde aus dem Berufsverzeichnis aufgrund mangelnder Italienischkenntnisse (zwang-) ausgetragen. Begründet wurde dies unter anderem mit dem potenziellen Risiko gravierender Schäden für den italienischen Staatsbürger. Ein Arzt, der nicht italienisch spricht, sei für Italiener gefährlich.

Dass der genannte Doktor als Labortechniker praktisch keinen Kundenkontakt hatte, war laut Gesundheitsministerium wohl irrelevant. Hier wird keine Ausnahme gemacht!

Und umgekehrt?

Nur kurze Zeit vorher wurde allerdings, aufgrund des Ärzte- und Pflegenotsandes, unter Umgehung der Sprach- und Proporzbestimmungen, rein italienischsprachiges Pflegepersonal von der Süd-Tiroler Sanitätseinheit eingestellt. Nebenbei sind bereits seit vielen Jahren rein italienischsprachige Ärzte in Süd-Tirol tätig. Spricht ein Arzt also nur italienisch, so ist dies für unsere Sanitätseinheit und das italienische Gesundheitsministerium offenbar kein Problem und wohl auch kein Risiko für die deutschsprachige Bevölkerung unserer Provinz.

Wie kann das sein, wenn doch die deutsche Sprache der italienischen in der autonomen Provinz Bozen gleichgestellt ist?

Dass derzeit die beiden Sprachgruppen ungleich behandelt werden, zeigt sich hier einmal mehr!

Und die Zukunft unserer Ärzte?

Es ist lobenswert, dass sich unsere Landesregierung erfolgreich für die Wiederaufnahme der Facharztausbildung nach österreichischem Modell eingesetzt hat, nachdem diese im Jahr 2013 durch das italienische Gesundheitsministerium für ungültig erklärt wurde.

Nur wenige Monate nachdem die besagte Facharztausbildung wieder aufgenommen wurde, folgte jedoch schon die nächste nationalistische Attacke auf unser Gesundheitswesen: Zwei junge Ärzte sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre Arbeitsverträge auf Betreiben der Gewerkschaft ANAAO vor dem Arbeitsgericht landen. Der Grund: Die beiden Ärzte absolvieren eine Facharztausbildung nach österreichischem Modell!

Die Gewerkschaft sieht italienische Auszubildende benachteiligt. Nun schießen offenbar schon Gewerkschaften gegen unsere Autonomie.

Süd-Tirols primäre Gesetzgebungskompetenz im Bereich Sanität gilt offenbar nur so lange man Roms Vorstellungen entspricht.

Wir Schützen fordern:

- *Römische Einmischung in unsere Sanität beenden und im Gegenzug unsere Kompetenzen ausbauen und absichern!*
- *Eigene Berufsverzeichnisse für unsere Region, beispielsweise durch die Schaffung eigener Sektionen in den Ärztekammern, die nur für unsere Region oder Provinz gültig sind.*
- *Ausbildung in Zusammenarbeit mit Innsbruck in der Europaregion fortführen. Fachwissen und vor allem Fachkräfte nach Süd-Tirol zurückholen.*
- *Abbau von bürokratischen Hürden für eine allgemeine und grenzübergreifende freie Arzt- und Krankenhauswahl für die Bewohner der Europaregion Tirol.*

Auf der Webseite der Euregio wird der 12. Juni 2016 als Markstein der Europaregion Tirol geführt – es ist der Tag der Volksbefragung zum Flughafen! Es finden sich aber keine weiteren Erklärungen dazu. Da die Volksbefragung über ein so wichtiges Großprojekt in unserem Land als ein Markstein der Euregio angesehen wird, ergeben sich viele Fragen:

Warum wird dann über das so eindeutige Ergebnis hinweggesehen?

Warum werden die Diskussionen über den Bedarf eines Flughafens nicht im Rahmen bzw. unter Berücksichtigung der Europaregion geführt?

Bedarf es eines weiteren Flughafens, wenn schon in Innsbruck einer vorhanden ist?

Weshalb wurde die Diskussion oder gar das Referendum nicht auf Ebene der Europaregion geführt, wenn die Volksbefragung einen historischen Markstein für die Euregio darstellen soll?

Mit Enttäuschung stellen wir die aktuellen Entwicklungen in der Flughafen-Politik fest! Und dies obwohl in den Satzungen unserer eigenen Europaregion zu lesen ist, dass Strategien und Maßnahmen ausgearbeitet werden sollen, die der gemeinsamen Verwaltung und Entwicklung des Gebietes und den gemeinsamen Interessen dienen. Weiters ist in den Satzungen zu lesen, dass besonderes auch in den Bereichen Energie, nachhaltige Mobilität und Gesundheit zusammengearbeitet werden soll. ***Sind das nicht genau jene Themen, die auf die Flughafen-Debatte zutreffen?***

Wir Schützen fordern:

- ***Dass das Ergebnis der Volksbefragung zum Flughafen, wenn diese schon als vermeintlicher Markstein unserer Euregio gilt, auch als bindend anerkannt wird. Stoppt den Ausbau des Flughafens!***
- ***Dass die Debatten über die Notwendigkeit eines Flughafens und weiterer Großprojekte unter Berücksichtigung des gesamten Gebietes der Euregio geführt werden!***
- ***Dass die Politik in den Bereichen Energie, nachhaltiger Mobilität und Gesundheit nicht nur provinzial, sondern gesamt-tirolerischer denkt und arbeitet!***

Ein gemeinsamer Bildungsweg in der Europaregion

Wir Schützen schauen mit Freude auf die sehr zahlreichen und gelungenen Projekte und Aktionen der Europaregion im Bereich Kultur und Bildung. Sie bilden mit Sicherheit eine Vorreiterrolle auf dem Weg zum weiteren Zusammenwachsen der drei Landesteile.

Dennoch gibt es immer noch einige überfällige Baustellen, die einen gemeinsamen Bildungsweg der Europaregion Tirol behindern. Schuld daran sind vor allem staatliche Gesetze, die trotz Autonomie und Europaregion greifen und so ein reibungsloses und grenzübergreifendes Miteinander verhindern. Nicht die Zukunft „Europaregion“ ist für die Menschen spürbar, sondern die Hindernisse durch die Nationalstaaten. ***Die Euregio muss es schaffen, die Grenzen der nationalen Gesetze zum Wohle eines gemeinsamen Bildungsweges hinter sich zu lassen.*** Wir haben Ideen und Anregungen dazu.

Wir Schützen fordern:

- ***Erleichterung im Verwaltungsprozess zur Studentitelerkennung innerhalb der Euregio.***
- ***Die Abstimmung von Angeboten an Studiengängen zwischen den Universitäten Innsbruck, Bozen und Trient. Nicht jede Grund-Studienrichtung muss überall angeboten werden, wohl aber könnten mehrere unterschiedliche Spezialisierungen auf die drei verschiedenen Universitäten aufgeteilt angeboten werden.***
- ***Ein euregioweites Projekt im Bereich des Lehrplanes. In den Lehrplänen der Pflichtschulen soll im Unterrecht die Europaregion Tirol ihren festen Platz finden. Geeignetes Lehrmaterial soll für einen einheitlich durchführbaren Lehrplanabschnitt ausgearbeitet werden.***
- ***Schüleraustausch fördern!***

Doppelte Staatsbürgerschaft – Eine Herzensangelegenheit

Die bald 100-jährige Trennung hat eine gemeinsame Entwicklung der Landesteile unterbunden. Wir sind der Meinung, dass es nun, neben vielen kleinen Aktionen, auch mutige Zeichen benötigt. Ein solches ist die österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler, welche die Menschen in Südtirol wieder näher an das Vaterland Österreich – und somit auch an das Bundesland Tirol – bringt.

EU-Realität

Doppelte Staatsbürgerschaften sind in der gesamten EU längst Realität und haben sich überall zum Schutze ethnischer Minderheiten bewährt.

Keine Erlaubnis notwendig

Österreich muss Italien nicht fragen, ob es den Süd-Tirolern den Doppelpass gibt oder nicht. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Süd-Tiroler ist eine souveräne Angelegenheit des österreichischen Staates, für die es weder die Zustimmung noch die Genehmigung Italiens braucht.

Italien hat das auch so gehandhabt und den italienischen Minderheiten in Istrien und Dalmatien die italienische Staatsbürgerschaft verliehen, ohne Slowenien oder Kroatien um Erlaubnis zu fragen.

Südtirol dafür

Die Mehrheit des Süd-Tiroler Landtages hat offiziell den Wunsch nach einer Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für die Südtiroler an Österreich herangetragen. In der Folge hat sich Österreich zur Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Süd-TirolerInnen bekannt und ebenso mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes begonnen.

Nicht Österreich von sich aus will die Staatsbürgerschaft einfach an die Süd-Tiroler vergeben, sondern die Initiative dazu kommt aus Süd-Tirol und von der Mehrheit.

Keine Pflicht, sondern Recht

Jeder, der nach den Vorgaben des Gesetzes die Voraussetzungen dafür erfüllt, kann frei entscheiden, ob er um die österreichische Staatsbürgerschaft ansucht und ist - weil es ein individuelles und nicht öffentlich einsehbares Recht ist - niemandem auskunftspflichtig.

Kein Unfrieden

Eine Enttäuschung über eine aus fadenscheinigen Gründen politisch nicht realisierte Chance kann weit mehr Unfrieden im Zusammenleben stiften als ein Projekt, das sich in vielen Teilen Europas schon lange bewährt hat und von der gewählten politischen Mehrheit in Österreich und Süd-Tirol gewollt ist.

Wenn es gelingt, den Nationalismus aus der Diskussion herauszunehmen, kann auch mit der italienischen Regierung ein konstruktiver Dialog geführt werden. Keinem Italiener wird es schlechter gehen oder etwas genommen, sobald die Süd-Tiroler ihre österreichische Staatsbürgerschaft zurückbekommen.

Bitte keine Sonntagsreden mehr, sondern Taten!

Das Institut für Föderalismus und das Management Center Innsbruck stellten in einer Studie über die Umsetzung der Alpbacher Ideen von 2014 für die Europaregion fest, dass die Euregio zwar Impulsgeber für viele Projekte ist, die Politik jedoch kaum Interesse an einer Umsetzung dieser Ideen habe. Dazu passend haben sich nur 26 von 106 Landtagsabgeordneten an dieser Studie beteiligt.

Die Landespolitiker zeigen der Europaregion die „kalte Schulter“.

Es ist traurig, dass unsere Politiker die Chance eines regionalen und europäischen Einigungsprozesses nicht nützen, sondern oftmals nur für ihre Sonntagsreden missbrauchen.

Wir fordern die Landeshauptmänner stellvertretend für alle drei Landesteile auf, aktiv zu werden und die oben genannten Ansätze anzugehen.

Der Schützenbezirk Süd-Tiroler Unterland

Neumarkt, im September 2019